

Berlin, Freitag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Österreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts. für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzbande Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. Single 20 Stine Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Alle besondere Beilagen erscheinen Verkündigungs-Anzeiger. Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Richtungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verlosungsstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: Die dergelapptene Zeile 50 Pf. Restantenteil 1 Mt.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zirkulate: Zu der Expedition.

Telegramm-Adresse: Börsenkreuz.

Vom Tage.

Der ungarische Ministerpräsident hatte gestern mit dem Kaiser Franz Josef eine längere Besprechung über die politische Lage.

120 Mitglieder des englischen Parlaments haben der russischen Duma bekanntgegeben, daß sie die geplante Beschränkung der alten Freizeiten Finnlands scharf beurteilen.

Expräsident Roosevelt wird als offizieller Vertreter Amerikas an den Besuchsfeierlichkeiten in London teilnehmen.

Nach den letzten Meldungen sind von den bei der Grubenkatastrophe bei Whitehaven Verunglückten bis jetzt 5 Tote zutage gefördert worden.

Wahlrechtsfragen.

Im Tag veröffentlicht der Abg. Frhr. v. Zedlig und Meitlich eine Studie über die Frage: „Dart die Wahlreform scheitern?“ Sehr zutreffend sagt er, daß es ein verhängnisvoller Irrtum wäre, zu glauben, der Gedanke der Wahlreform werde mit dem Mißlingen des ersten Anlaufs in die Versenkung verschwinden und das geltende Wahlrecht einfach fortbestehen, als sei nichts geschehen. Herr v. Weissmann soll wohl hätte sich niemals zur Inangriffnahme der Wahlreform hergegeben, wenn er nicht von der Reformbedürftigkeit unseres Wahlrechts voll überzeugt wäre. Sollte die sicher zu erwartende neue Vorlage dann ebenfalls scheitern, wäre Herr von Weissmann wohlweg der Mann, das Abgeordnetenhaus aufzulösen. Dann fährt der genannte Abgeordnete fort: „Sollte das Zentrum auch „nach reiflicher Ueberlegung“, um mit Herrn Herold zu reden, dabei beharren, sich bei der Wahlreform auszusprechen, so würde für die Konservativen eine ähnliche Lage sich ergeben wie im Frühjahr vorigen Jahres. Als diese damals die Ueberzeugung gewonnen zu haben glaubten, daß mit den Liberalen die Reichsfinanzreform nicht zu machen sei, sprengten sie entschlossen den Block und wandten sich dem Zentrum zu. Wenn jetzt dieses versagt, ist der einzuschlagende Weg ebenso gegeben. Weist doch, wie gerade von konservativer Seite so oft verächtelt wird, zwischen den Konservativen und dem Zentrum keinerlei bindende Abrede. Freilich ist dabei die Voraussetzung, daß für die Wahlreform im Abgeordnetenhaus auch ohne das Zentrum eine beträchtliche Mehrheit gesichert ist. Aber es wäre eine geradezu beleidigende Unterstellung, den Nationalliberalen einen so absoluten Mangel an politischem Verstandnis zuzutrauen, daß sie die von dem Herrenhaufe ihnen gebotene günstige Lage ungenutzt vorbegehen lassen könnten. Sie würden sich so dadurch für die Regierung wie für die Parteien aus der Reihe derjenigen politischen Richtung, auf die man für eine positive Politik rechnen kann, selbst ganz ausschalten. Nicht am wenigsten für meine Freunde, denen sie in erster Linie die günstige Wendung der Dinge im Herrenhaufe verdanken.“

Soweit Herr v. Zedlig. Wir haben schon Mittwochsabend die Schwierigkeit der Lage für die Nationalliberalen dargelegt. Wenn aber der freikonservative Parlamentarier glaubt, daß zwischen den Konservativen und dem Zentrum keinerlei bindende Abrede besteht, werden ihn die Ergebnisse eines Besizers belehren.

Eine ganz merkwürdige Behauptung stellt die „Kr.-Ztg.“ auf. Nach ihr handelt es sich für die Nationalliberalen mehr um ein Parteigeschäft als um die Wahlreform. Sie sagt deshalb: „Kann der Nationalliberalismus die Konservativen in seine Ab-

hängigkeit bringen, dann geht er rechts. Ist mit dem Fortschritt ein besseres Geschäft zu erwarten, dann marschiert er wie bisher links. Diese Art Politik fängt an, mächtig zu imponieren.“ — Die „Kr.-Ztg.“ behauptet hier, die Nationalliberalen wollten die Konservativen von sich abhängig machen! Wie sollten sie dies im Preussischen Abgeordnetenhaus umgeben! In Geschäftsdenk man bei den Nationalliberalen nicht. Was man eine Zeitlang hoffte, war das Abbrücken der Konservativen vom Zentrum, um mit den Konservativen gemeinsam eine Wahlreform zustande zu bringen, die Verhütung in die Verödigung zu tragen imstande gewesen wäre, wenn sie auch nicht die Wünsche aller erfüllte. Es wäre der Anfang, gleichsam eine Abschlagszahlung, gewesen.

Die Dinge liegen aber heute so, daß die Konservativen sich fragen werden müssen, ob ihr Festhalten am schwarz-blauen Block sie nicht in die Gefahr bringen kann, daß man ihnen zumuten wird, nur deshalb den Nationalliberalen keinen Schritt entgegenzukommen und an dem Bündnis mit dem Zentrum festzuhalten, weil es als absolut sicher gelten kann, daß das Zentrum auf keinen Fall die Herrenhausbeschlüsse annehmen werde. Man hat sicher im konservativen Lager schon daran gedacht und ist deshalb dort bestrebt, mit dem Zentrum ein neues Kompromiß zu schließen auf der Grundlage der Herrenhausbeschlüsse unter Abänderung der Dreiteilungsbestimmungen.

Danach bleibt es also bei der Ausschaltung der Nationalliberalen. Wie der Reichszähler dies aufnehmen wird, bleibt dahingestellt. Daß es unter solchen Umständen, angesichts der sich vorbereitenden Ereignisse ein Konsens ist, den Nationalliberalen voranzurufen, daß sie noch keine bestimmte Erklärung abgaben, liegt auf der Hand. Die eine, wiederholt ausgesprochene Erklärung, daß die Nationalliberalen in keinem Falle einer Reform oder einer Veränderung der Herrenhausbeschlüsse zustimmen würden, die den Wünschen und Interessen des Zentrums entspricht, dürfte ja die Traue ihres Vorgehens und ihrer kommenden Entschlüsse kennzeichnen. Zentrum und Konservative wollen ja auch erst am 27. mit ihrem Kompromiß im Abgeordnetenhaus selbst an die Öffentlichkeit treten. Die Wähler der Nationalliberalen werden sich deshalb ebenso gebulden müssen wie jene des schwarz-blauen Blocks. Die ersteren, weil sie zugeben müssen, daß man Entschlüsse nicht fassen kann, bevor man weiß, worüber; im vorliegenden Falle, bevor man das Resultat des neuen Kompromisses des schwarz-blauen Blocks kennt; die letzteren, weil sie zu ihren Abgeordneten das Vertrauen haben müssen, ihr politisches Interesse zu wahren. Das Zentrum kann tun und lassen, was es will; seine Wähler bleiben ihm treu, denn sie wählen aus konfessionellen Motiven. Und wenn Herr Herzberger anspricht, daß Zentrum verläßt 20 Sitze, wenn es die Wahlreform in ihrer gegenwärtigen Gestalt annähme, wird er nirgends Glauben finden, wo man die tiefere Ursache kennt, die dem Zentrum seine dominierende Stellung bei den Wahlen verleiht. Was aber die Konservativen betrifft, so wird es sich bei den nächsten Wahlen zeigen müssen, ob auch die politischen Ansichten ihrer Wähler dahin gehen, daß sie das Bündnis mit dem Zentrum als geeignet zur Wahrung der Wohlfahrt des Landes in gegenwärtiger Zeit anerkennen.

In jeder Partei — und das ist ein Notum — gibt es gegenwärtig verschiedene Strömungen ersterer Art. Wir haben schon angegeben, daß viele Kreise im konservativen Lager das Bündnis der Konservativen mit dem Zentrum nicht anders als Abhängigkeit von Zentrums Gnaden nennen. Auch im Lager der nationalliberalen Wähler machen sich zwei Strömungen in Zukunft an die parlamentarischen Führer, wie in öffentlichen Reden geltend. Aus dem Osten

kommen vornehmlich Stimmen, die für eine Ablehnung der Vorlage eintreten, während im Westen neben ähnlichen Stimmen doch auch sehr vornehmlich der Wunsch laut wird, die Herrenhausbeschlüsse möchten angenommen werden. Aber das eine wie das andere ist schon zu bestimmen, ist, wie oben dargelegt, unmöglich. Alle Welt wird sich bis zum 27. in Geduld fassen müssen, bis eben die Dinge spruchreif geworden sind, die sich hinter den Kulissen vorbereiten.

Telegramme.

Darmstadt, 12. Mai. (G. Z. C.) Heute nachmittag wurde hier die Ausstellung des Deutschen Künstlerbundes im städtischen Ausstellungsgelände eröffnet. Eine offizielle Eröffnungsfeier fand nicht statt. Der Großherzog besichtigte die Ausstellung eine Stunde vor der Eröffnung.

Wien, 12. Mai. (G. Z. C.) Abgeordneter Breiter hatte am Schluß der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses in einer Anfrage an den Präsidenten gegen den ihm erteilten Ordnungsruf in scharfer Weise protestiert, worauf der Präsident in einer von Breiter durch Zwischenrufe unterbrochenen Antwort diesen energisch zur Ruhe verwies und dessen Haltung gegenüber dem Präsidenten unter dem Vorwurf des Ungehorsams auf das Schärfste zurückwies. Breiter richtete hierauf gegen an den Präsidenten Petition einen Brief, in dem er ihn nachdrücklich ersucht, die vom Vorstand gebotenen Formen wie anderen Abgeordneten auch ihm gegenüber zu wahren; er wäre sonst zu seinem eigenen Bedauern gezwungen, ihn durch eine unmittelbare empfindliche Zurückweisung die prästabile Objektivität beizubringen. Petition betraute die Abgeordneten Rang und Stoessel damit, in dieser Angelegenheit die weiteren geeigneten Maßnahmen zu treffen. Dem Präsidenten gingen heute bereits zahlreiche Aufschriften von Abgeordneten zu, in denen sie ihrem tiefsten Bedauern und ihrer Entrüstung über das Vorgehen Breiters Ausdruck geben.

Wien, 12. Mai. (G. Z. C.) In einer Sitzung der slavischen Union teilte der Vorsitzende zu der Meldung über die deutsch-schlesischen Verständigungs-Konferenzen mit, daß der Klub der schlesisch-sagaxischen Abgeordneten der Union einen Vorstoß zur Lösung der Nationalitätenfrage in ganz Österreich vorlegen werde.

Wien, 12. Mai. (G. Z. C.) Die König eröffnung heute um 1 1/2 Uhr den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Khuen-Hedervary in einer Sonderaudienz, die fünf Viertelstunden dauerte. Der Ministerpräsident begrüßte den König aus Anlaß seiner Hierherkunft und erstattete sodann Bericht über die politische Lage.

London, 12. Mai. (G. Z. C.) Die Nachricht von dem Grubenunglück bei Whitehaven wird bestätigt. Die Rettungsmannschaften fahren in ihren Anstrengungen fort, sind jedoch bisher nicht imstande gewesen, zu dem eigentlichen Schauplatz der Katastrophe zu gelangen wegen des dichten Nebels und infolge der weiten Entfernung der Unglücksstelle von dem Seehafeneingang.

Nach der letzten Meldung sind 5 Leichen aus der Kohlengrube bei Whitehaven zu Tage gefördert worden. Der König sandte an die Wöhrer der Grube ein Telegramm, in welchem er seiner großen Anteilnahme an dem Unglück Ausdruck gab und um weitere Mitteilungen bat.

Venedig, 12. Mai. (G. Z. C.) Die erste Division des Mittelmeer-Geschwaders ist, mit dem Führen von Libne an Bord, nach Antivari in See gegangen.

Serajewo, 12. Mai. (G. Z. C.) Der Gemeinderat genehmigte für den Empfang des Kaisers einstimmig 100 000 Kronen und beschloß zur dauernden Erinnerung dieses Besuchs die Errichtung einer Kindererziehungsanstalt und eines Arbeiterheims auf Kosten der Stadt.

Konstantinopel, 12. Mai. (G. Z. C.) Wie die Blätter melden, unternimmt die türkische Flotte eine Fahrt nach dem Archipel.

New-York, 12. Mai. (G. Z. C.) Auf der Regierungswert in Brooklyn erfolgte in Gegenwart einer glänzenden Festversammlung der Stapelauf des größten amerikanischen Drednoughs, des 21 000 Tonnen-